

Links

Virtuelles Rathaus
Mitarbeiter/innen
Stadtrecht
Stadtplan
Statistik (GOESIS)



dann angepassten Geschwindigkeit könnte dieses Ziel erreicht und eine „Grüne Welle“ als Test für weitere Straßen angeboten werden. Weniger Treibstoffverbrauch und weniger Umweltbelastungen sollten neben weiteren Vorteilen die Folge sein. Er bittet, der Überweisung zuzustimmen.

Beigeordneter Arndt erwidert, dass die SPD-Ratsfraktion gegen eine Überweisung sei und den Antrag auch direkt ablehnen werde. Die darin enthaltenen Vorschläge seien reines Verwaltungshandeln, die natürlich den Planern der Verwaltung zugeleitet werden können. Mit dem städtischen Haushalt 2016 (Seite 530) sei bereits beschlossen worden, dass die Optimierung der Grünen Welle und die Prüfung der Taktung der Lichtanlagen für alle Verkehrsteilnehmer auf der Prioritätenliste stehe.

Ratsherr Arnold teilt mit, dass die CDU/FDP-Gruppe diese Auffassung teile. Zur „Grünen Welle“ seien u.a. von der Gruppe und der damaligen CDU-Ratsfraktion in den vergangenen 15 Jahren eine Reihe von Anträgen gestellt worden. Es wurde jeweils von der Verwaltung dargestellt, wo die „Grüne Welle“ funktioniere, wo nicht und woran das gelegen habe. U.a. seien auch personelle Probleme in der Signaltechnik Grund gewesen. Er vertraue darauf, dass die Verwaltung im Rahmen der technischen Möglichkeiten und der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel die „Grüne Welle“ – da wo es gehe – möglich machen werde.

Für die B90/Die Grünen-Ratsfraktion bittet Ratsfrau Piepkorn darum, der Überweisung zuzustimmen. Aus eigener Erfahrung könne sie berichten, dass gerade im Bereich des Nonnenstiegs die Ampelschaltungen sicherlich optimiert werden könnten. Über den gut recherchierten Antrag könne sicherlich im Fachausschuss ausführlich diskutiert werden.

Ratsherr Rieth weist in seinem Schlusswort darauf hin, dass die im Haushalt zitierte Prioritätenliste wenig nutze, wenn sie nicht umgesetzt würde. Sollte der Antrag abgelehnt werden, die Verwaltung jedoch die gemachten Vorschläge berücksichtigen, wäre dem Ansinnen der Piraten-Ratsfraktion außerdem schon ausreichend gedient.

Im Anschluss wird die Überweisung des Antrags in den Ausschuss für Bauen, Planung und Grundstücke vom Rat mit Mehrheit gegen 16 Ja-Stimmen abgelehnt.

Sodann wird der Antrag der Piraten-Ratsfraktion vom Rat mit Mehrheit bei 2 Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen abgelehnt.